

Formular für Initiativ-Vorschläge 2021

Für die Mitgliederversammlung vom
14. November 2020 in Lausanne

Anforderungen für neue Initiativ-Ideen:

Minimum 3 Personen aus 3 unterschiedlichen Sektionen, idealerweise aus zwei Sprachregionen:

Jiyana Tassin (VD), Bertrand Deriaz (FR), Joséphine Decking (ZH)

A. Der Vorschlag

1. Thema der initiative (Zutreffendes Thema unterstreichen)

Themen, zutreffend auf die 5 Gruppen der Workshops des Sommercamps

- a. Gesellschaft
- b. Landwirtschaft und Klima**
- c. Gesundheit
- d. Transport und Mobilität
- e. Finanzen

2. Vorschlag Titel (max. 1 Zeile)

Initiative für ein Investitionsverbot in fossile Energieträger

3. Beschreibung des Initiativ-Vorschlages (max. 2500 Zeichen, Abstände mit einbegriffen)

Die Schweizer Wirtschaft und der schweizerische Finanzsektor müssen ihre Verantwortung übernehmen. Die Banken, darunter auch die SNB, investieren noch heute in fossile Energien. Wenn wir das Pariser Klima-Abkommen einhalten wollen, müssen die Treibhausgase, welche aus der Produktion fossiler Energie entstehen, nicht mehr in unnatürlichem Ausmass in der Atmosphäre ausgestossen werden. Die SNB z.B. ist für mehr als 43,3 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr verantwortlich, was in etwa dem Ausstoss der ganzen Schweiz gleicht (47 Millionen Tonnen CO₂ in 2017). Von 2016 bis 2019 hat Credit Suisse der Fossilen-Energien-Industrie ca. 25 Milliarden geliehen. Das macht 56,8% seines Eigenkapitals aus. UBS hat 2019 seine jährlichen Investitionen in Kohle verneunfacht. Und 60 der grössten Pensionskassen der Schweiz haben gar keine klimatischen Richtlinien/Politik. Diese Branchen müssen so schnell wie möglich und in Koordination mit der Politik Massnahmen treffen, um die klimatischen Risiken so stark wie möglich zu lindern. Der Schweizer Finanzplatz hat die Möglichkeiten, die globale Kurve der klimatischen Risiken abzuflachen. Als Land ist die Schweiz auf dem 70. Rang als Treibhausgas-Ausstosserin. Nimmt man ihren Finanzplatz als Referenz, so ist die Schweiz der 7. Ausstosser weltweit. Die Initiative zielt darauf, die Finanzierung der fossilen Brennstoffe wie Erdöl, Gas und Kohle zu verbieten. Das Ziel ist, Investitionen welche den zukünftigen Generationen schadet, zu verbieten.

Um das zu erreichen: der Finma mehr Macht geben

Resultat: Die Unternehmen könnten dank CO₂-Speicherung CO₂-neutral werden, durch Baumpflanzungen oder anderen gleichwertigen Aktionen. Diese würden einem neuen wirtschaftlichen System die Türen öffnen ohne dem heutigen zu blockieren.

4. Prägnante Beschreibung des Initiativvorschlages (max. 400 Zeichen)

Die Zukunft der Menschheit ist vom Klimawandel bedroht. Schweizer Geld trägt jedes Jahr dazu bei, umweltschädliche Investitionen zu finanzieren. Die Verbrennung fossiler Rohstoffe produziert CO₂, ein Treibhausgas. Und CO₂ ist der hauptsächliche Grund der anthropogenen Klimaveränderungen. Ein Finanzplatz welcher sich nachhaltig sieht, muss also unbedingt aufhören, in fossile Energien zu investieren

B. Der Vorschlag und die JGS

5. Bedeutung für die JGS

Die Umwelt als eines der Hauptthemen bei den JGS hilft dieser Initiative, da die Prinzipien der Partei ausgearbeitet werden und umgesetzt werden. Mit einem solchen Gesetz würde man die Investitionen und Finanzierungen von fossilen Brennstoffen stark vermindern

6. Beziehungen mit den Positionen der Partei und vorherigen Projekten

Diese Initiative ähnelt der Kriegsgeschäfte-Initiative. Denn diese zielt auch gegen die Investitionen der Pensionskassen und der SNB, aber aus einem klimatischen Punkt ausgesehen.

Auch im Parteiprogramm der JGS steht: „Deshalb setzen sich die Jungen Grünen für griffige und sofortige Massnahmen ein, um die Klimaerwärmung so tief wie möglich zu halten und Mensch und Umwelt vor den Folgen der Klimakrise zu bewahren.“ Ein Ziel, welches nicht erreicht werden kann, wenn Pensionskassen und die SNB weiter in fossile Brennstoffe investieren

7. Mobilisation der Mitglieder

Erstens ist diese Initiative eine Fortsetzung der Kriegsgeschäfte-Initiative, aber aus einem umweltschützenden Sichtweise aus gesehen. Es ist also logisch, dass die Jungen Grünen diese Initiative lancieren.

Zweitens bezieht sie sich direkt auf das Parteiprogramm der JGS (siehe oben).

Und letztens ist es unsere Pflicht, die Bürger*innen dieses Landes, über den Gebrauch ihres Geldes zu informieren: „Die Schweizerische Nationalbank (SNB) fördert eine katastrophale Erhöhung der Temperatur um 4 bis 6 Grad. Investitionen der SNB sind für mehr CO₂-Ausstoss verantwortlich als den der ganzen Schweiz“ (Nach der Website der Klima-Allianz)

C. Politische Aktualität

8. Aktualität

Als reiches Land ist die Schweiz eine wichtige Investorin in der Wirtschaftswelt. Unser Land ist eines der grössten Fremdwährungsinhaber (mit einem Vermögen von über 770 Milliarden Dollars in 2018). Daher würde eine ökologische Transition in der Schweiz die Weltwirtschaft treffen.

Unsere 2000 Pensionskassen verwalten das grösste Schweizer Vermögen, welches sich auf 910 Milliarden in 2011 beziffert (133.1% unseres BIP). Folglich ist das die grösste Investitionsgruppe des Landes. In den durch das WWF analysierten 20% der Pensionskassen sind die meisten sehr weit weg von einer aktiven Hilfe zur ökologischen Transition der Finanzwelt. Nur 15% der Pensionskassen sind sog. „Pioniere“, 20% sind „ambitioniert“, 35% sind im „oberen Mittel“, 10% im „unteren Mittel“ und 20% konnten wegen fehlenden Informationen nicht bewertet werden.

Die meisten Pensionskassen, die im „oberen Mittel“ oder im „unteren Mittel“ sind, erwähnen die Nachhaltigkeit oder das Klima nicht in ihren Investitionsprinzipien. Nur die gesetzlichen Pflichten sind vorhanden (Oslo-Konvention, Schweizer und UNO-Sanktionen...)

Schweizer Banken sind sehr wenige zufriedenstellend aus einem ökologischen Standpunkt aus. Das WWF hat ein Ranking der 15 grössten Schweizer Banken gemacht, mit 5 Kategorien, mit Visionär*in (sehr gut), Pioniere, Ambitionierte, Mittelmässige und Nachzügler. Keine Bank war in den oberen 2 Kategorien, nur 3 waren Ambitioniert, 10 Mittelmässig und der Rest war Nachzügler. Wie man es an diesem Ranking sieht, können wir sehr grosse Fortschritte im Bereich der Banken-Investitionen machen.

Die Schweiz produziert CO₂ auf unterschiedlichen Arten. Aber die schädlichste bleiben die CO₂-Ausstosse der Investitionen. 1'100 Millionen Tonnen CO₂ werden wegen schweizerischen Investitionen emittiert (was den siebenfachen Ausstoss der Schweiz bedeutet). Alle Geldflüsse müssen auf das Ziel der 1,5 Grad ausgerichtet werden. Das BAFU schätzt, dass wenn nichts gemacht wird, die Schweizer Investitionen eine Erwärmung von 4 bis 6 Grad unterstützen.

Die EU hat sich dazu verpflichtet, dank mehreren Gesetzen und Ergänzungen seinen CO₂-Ausstoss zu senken (namentlich mit der Änderung vom 7. Oktober 2020 um die Ziele für 2039 zu erhöhen: die EU muss seinen Ausstoss im Vergleich zu 1990 um 60% senken). Dank diesem Schritt hat die EU schon der Schweiz Druck gemacht, aus den Treibhausgasen auszusteigen. Somit müsste die Schweiz ohnehin sich ändern. Aber diese Ziele erwähnen nicht den Schutz der Biodiversität oder den im Ausland getätigten Investitionen, woher dies noch nötig ist. Viele Einrichtungen wie Blackrock oder die Europäische Investitionsbank haben sich schon dazu

entschieden, aus dem Fossilen auszusteigen, da diese Risiken mit sich bringen werden.

Kein Gesetz der Verfassung erwähnt das CO₂ oder dem Schutz der Artenvielfalt für die Investitionen. Nur die Auswertung der Risikonahme für die Sicherheit einer Kapitalanlage, eine genügende Rendite und eine genügende Verteilung des Werteverlustes sind zu respektieren, aber dieses letzte auch nur langfristig.

Die andere grosse Umweltkatastrophe, die die WWF-Auswertungskriterien miteinbeziehen, ist der Zusammenbruch der globalen Biodiversität. Die Biodiversität ermöglicht die Entwicklung der Landwirtschaft, die Verlangsamung der Klimakrise, die wissenschaftliche Entwicklung und viel Weiteres. Alle Kapitale, welche in Einrichtungen investieren, welche die Überfischung, die Pestizidproduktion oder andere anti-Artenvielfalt-Praktiken schaden den zukünftigen Generationen.

Deswegen ist es essenziell, das Klima zu schützen, um den zukünftigen Generationen eine bessere Welt zu übergeben.

9. Politische Ziele des Vorschlags

Diese Initiative würde darauf zielen, Schweizer Investitionen (nationalen und internationalen) zu verbieten, welche den zukünftigen Generationen schaden könnte.

10. Neuheit

Jede Investition muss von der FINMA überwacht werden und gewisse Kriterien erfüllen: Die Einrichtung muss genügend Eigenkapital haben, muss zahlungsfähig sein und muss die Risiken ihrer Investition vollumfänglich beherrschen können. Beim letzten Punkt haben wir die Möglichkeit zu handeln.

Denn die Risiken für Investitionen sind nur kurzfristig (auf wenige Jahre max.) berechnet. Leider werden der Ausstoss von CO₂ und die Zerstörung unserer Biodiversität langfristige Schaden auf unsere Leben und der Wirtschaft haben. Deswegen müssen die Ansprüche der FINMA langfristig verändert werden, um den zukünftigen Generationen ein besseres Leben zu ermöglichen.

D. Initiativtext

11. Initiativtext des Vorschlages

104b (Neu) Verbot der Finanzierung von Fossilen Energien

1 Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Erdölunternehmen untersagt.

2 Als Erdölunternehmen gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit dem Abbau, der Verwertung, der Raffinierung oder dem Handel mit fossilen Rohstoffen (Nämlich die folgenden Rohstoffen: Erdöl, Erdgas Kohle, Kohlenwasserstoffen und Halogenkohlenwasserstoffen)

3 Als Finanzierung von Erdölunternehmen gelten:

Die Gewährung von Krediten, Darlehen, und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Erdölunternehmen;
Die Beteiligung an Erdölunternehmen und den Erwerb von Wertschriften, die durch Erdölunternehmen ausgegeben werden;
Den Erwerb von Anteilen an Finanzprodukte, wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Buchstabe b enthalten.

4 Der Bund setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten

12. Welcher Artikel der Verfassung ist vom Vorschlag betroffen?

Es hat momentan keinen Artikel, welcher die Finanzierung der Erdölunternehmen regelt. Daher müsste mensch einen neuen Artikel im Kapitel Wirtschaft der Bundesverfassung hinzufügen. Der Artikel folgt dem Art- 104 über die Landwirtschaft.

13. Rechtswirksamkeit

Der Vorschlag respektiert die Einheit der Materie und ist vom Initiativtext der Kriegsgeschäfte-Initiative inspiriert. Sein Platz in der Bundesverfassung muss noch kontrolliert werden (An welcher Nummer der Artikel platziert werden muss). Die Definition von Erdölunternehmen muss auch bei NGO's verifiziert werden, damit kein Brennstoff vergessen wird.